

1919 der Teilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 948 13

1981 -01- 22

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. Lichal  
und Genossen  
an den Bundesminister für Inneres  
betreffend die Auflassung kleinerer Gendarmeriepostenkommandos

Vor einigen Jahren wurde seitens des Bundesministeriums für Inneres erwogen, kleinere Gendarmeriepostenkommandos aufzulassen und statt dessen den sogenannten Funkjournaldienst einzuführen, was zur Folge hätte, daß lediglich an den Bezirksposten durchlaufend Dienst von Gendarmeriebeamten versehen würde, während ansonsten im Bezirk nur Funkpatrouillenwagen der Gendarmérie unterwegs wären.

Da sich gegen derartige, dem Sicherheitsbedürfnis zuwiderlaufenden Pläne der berechnete Unmut der gesetzestreuen österreichischen Bevölkerung regte und auch massive Einwände von seiten der ÖVP erhoben wurden, wurde der Bundesminister für Inneres gezwungen, diese Pläne vorerst nicht weiter zu betreiben.

In jüngster Zeit griff jedoch der Bundesminister für Inneres die Frage des Funkjournaldienstes neuerlich auf und erklärte im Zuge der Debatte über das Budget 1981, daß in dieser Richtung Überlegungen angestellt würden. In der Bevölkerung, insbesondere in den Sprengeln jener Gendarmeriepostenkommandos, die von der Auflassung bedroht sind, sprachen sich die Absichten des Bundesministers für Inneres herum und führten zu einer Verunsicherung, da der Funkjournaldienst keinen echten Ersatz für die Auflassung der kleineren Gendarmeriepostenkommandos bieten könnte.

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Inneres folgende

A N F R A G E :

- 1) Welche konkreten Überlegungen werden im Bundesministerium für Inneres darüber angestellt, kleinere Gendarmeriepostenkommandos aufzulassen und stattdessen einen Funkjournaldienst einzuführen?
- 2) Welche Gendarmeriepostenkommandos wären in diesem Zusammenhang von der Auflassung bedroht?
- 3) Ist Ihnen bekannt, daß sich gegen derartige Überlegungen massive, von tiefer Besorgnis getragene Widerstände normentreuer Bevölkerungskreise ergeben?
- 4) Wenn ja: weshalb werden nunmehr dennoch wieder solche Überlegungen in Ihrem Ministerium angestellt?
- 5) Wurde in diesem Zusammenhang mit diesen Überlegungen bereits die Personalvertretung befaßt?
- 6) Wenn ja: welche Stellungnahme gab sie dazu ab?
- 7) Wie können Sie solche Überlegungen - unter dem Gesichtspunkt des Sicherheitsbedürfnisses - angesichts der steigenden Zahl strafbarer Handlungen und der gleichzeitig sinkenden Aufklärungsquote überhaupt rechtfertigen?